

FAZ 20/03/15

„Energiewende wirtschaftlich unsinnig“

Aus Sicht der hessischen FDP stehen in Hessen schon mehr als genug Windräder. Ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen sei ein Fehler, sagt der FDP-Fraktionschef im Landtag, Florian Rentsch.

Hessische FDP-Politiker führen neuerdings wieder das böse Wort „Windkraftmonster“ im Mund. Was ist das Ungeheuerliche an Windrädern?

Zunächst einmal finde ich es ungeheuerlich, dass Windräder dort aufgestellt werden, wo sie erwiesenermaßen volkswirtschaftlich keinen Sinn haben. Die Windgeschwindigkeiten weichen an vielen Stellen von der prognostizierten Stärke ab. Die 5,75 Meter pro Sekunde, die nicht zuletzt dank der FDP als Minimum im Landesentwicklungsplan verankert sind, werden an vielen Stellen gar nicht erreicht.

Das heißt, es werden Windräder gebaut, wo sie gar nicht stehen dürften?

Sie werden gebaut, wenn Gutachten sagen, dass der Wind dort stark genug weht. Die Realität widerlegt die Prognosen aber gelegentlich.

Warum „Windkraftmonster“?

Das ist natürlich eine überspitzte Formulierung, aber wir spielen damit darauf an, dass die Anlagen immer höher ausfallen, um überhaupt noch profitabel sein zu können. Derzeit sind in Hessen gut 800 Windräder in Betrieb; bliebe es bei der jetzigen Höhe, müssten es mindestens 4000 werden, um die Resultate aus den Beschlüssen des Energiegipfels zu erfüllen. Auch wenn das eine Zielvorgabe bis zum Jahr 2050 ist, muss man sich doch Gedanken darüber machen, ob man das in Hessen tatsächlich will. Wenn der grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir jetzt von weniger Anlagen spricht, dann kann das doch nur bedeuten, dass er auf deutlich höhere setzt.

Oder auf technisch leistungsfähigere Turbinen, die den Wind auch in geringerer Höhe effektiver nutzen.

Das ist nicht abzusehen. Die geeigneten Standorte für die Erzeugung von Windenergie sind schon belegt, und alles, was jetzt noch hinzukommt, ist deutlich weniger effizient. Die Energiemenge, die man aus neuen Anlagen herausholen kann, wird immer geringer.



„Entscheidungen 2011 waren ein Fehler“: Florian Rentsch

Foto Frank Röth

Was heißt das für die FDP?

Wir haben auf einem Parteitag im vergangenen November fast einmütig einen Ausbaustopp für Windenergie beschlossen. Es hat keinen Sinn weiter zuzubauen, solange die Speicherfrage nicht geklärt ist.

Minister Al-Wazir weist auf die große Zustimmung zur Energiewende hin.

Mein zentrales Argument ist, dass die Energiewende volkswirtschaftlich unsinnig ist. Abgesehen davon, verliert die Politik in dieser Frage aber auch an Akzeptanz. Nur noch eine knappe Mehrheit, 57 Prozent, ist laut aktuellen Umfragen mit der Energiewende einverstanden – es waren einmal zwei Drittel. Der Trend geht klar nach unten, und wenn die Debatte im gleichen Stil wie bisher weitergeführt wird, ist es bald nur noch eine Minderheit. Das sollte auch dem hessischen Wirtschaftsminister zu denken geben.

Die Grundzüge der Energiewende in Hessen sind Ende 2011 bei einem Energiegipfel vereinbart worden, mit Zustimmung der FDP.

Wir sind damals von Windrädern mit einer wesentlich geringeren Höhe ausgegangen. Heute reden wir von Anlagen deutlich über 200 Metern, und wenn ich Herrn Al-Wazir richtig verstehe, geht er davon aus, dass die Anlagen weiter wachsen. Dann muss man sich konsequenterweise auch über größere Mindestabstände zur Wohnbebauung Gedanken machen. Die FDP hat in Sachen Energiewende schon immer gebremst und musste

sich dafür gerade von den Grünen kritisieren lassen. Aber ich gebe auch zu: Ich würde viele Entscheidungen, die wir vor dem Hintergrund von Fukushima getroffen haben, heute nicht noch einmal so treffen. Das war zu emotional.

Heißt das: zurück zur Atomkraft?

Das heißt es definitiv nicht. Aber aus der Kernkraft kann man nur aussteigen, wenn man bei der Energieversorgung auch auf Kohle und Gas setzt. Herr Al-Wazir ist nicht Windkraftminister, er ist Energie- und Wirtschaftsminister, und zur Energiewende gehört eben auch, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Die Rahmenbedingungen dafür sind aber denkbar schlecht.

Was meinen Sie?

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist industrie- und wirtschaftsfeindlich, weil es dafür sorgt, dass es sich in Deutschland nur noch lohnt, Solaranlagen oder Windparks zu bauen, aber keine Kohle- oder Gaskraftwerke.

War die Entscheidung für die Energiewende also ein Fehler?

Was wir 2011 beschlossen haben, war ein Fehler. Die Energiewende ist geprägt von Fukushima, deshalb haben wir in Deutschland die Entscheidung getroffen, aus der Kernkraft auszusteigen. Dazu steht die FDP ohne Wenn und Aber. Wir haben aber nicht beschlossen, dass wir nur noch auf erneuerbare Energien setzen. Der vereinbarte Zubau ist einfach nicht realisierbar, das zeigt sich jetzt. Ein-

mal, weil es dafür in Deutschland nicht die Voraussetzungen gibt, zum Zweiten, weil die Menschen diese Entwicklung nicht mehr mitvollziehen.

-2-

Der Beschluss, die hessische Energieversorgung spätestens im Jahr 2050 komplett mit erneuerbaren Energien sicherzustellen, ist für die FDP obsolet?

Diese Vorgabe ist Unsinn. Erneuerbare Energien sind ein Teil unseres Energiemixes, aber eben auch nur ein Teil. Energie muss sicher und bezahlbar bleiben. Stattdessen treiben wir die Strompreise in die Höhe und unsere Unternehmen ins Ausland. Gemildert wird diese besorgniserregende Entwicklung derzeit durch den sinkenden Ölpreis, aber der wird auch wieder steigen. Strom muss dort erzeugt werden, wo er verbraucht wird, und zwar mit Kohle und Gas.

Deshalb hält die FDP auch die geplante Höchstspannungsstromtrasse Suedlink, die von der Nordsee nach Bayern führen soll, für überflüssig.

Suedlink ist ein unwirtschaftliches Mammutprojekt. Diese Leitung ist das Symbol einer gescheiterten Energiepolitik, folgerichtig nehmen auch hier die Bürgerproteste zu. Jetzt wird auch noch allerorten von Erdverkabelung gesprochen, was die Kosten noch einmal deutlich in die Höhe treiben würde.

Was erwarten Sie von Minister Al-Wazir? Er kann die Kohle- und Gaskraftwerke ja nicht selbst bauen.

Aber er sollte sich gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Volker Bouffier auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es einen neuen Regulierungsrahmen für Energiepolitik gibt. Das EEG muss auslaufen, die einseitige Förderung erneuerbarer Energien muss gestoppt werden. 20 Milliarden Euro jährlich allein für erneuerbare Energien. Da darf sich niemand wundern, wenn man sich anderswo fragt, ob wir in Deutschland noch alle Tassen im Schrank haben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen, und dann?

Deutschland braucht einen Regulierungsrahmen, der dafür sorgt, dass es sich wieder auszahlt, in konventionelle, mit Kohle und Gas betriebene Kraftwerke zu investieren. CDU und Grüne regieren in Hessen in Sachen Energiepolitik nach dem Motto „Augen zu und durch“, und das wird dazu führen, dass wir am Ende vor einem Riesen-Scherbenhaufen stehen. Auch die CDU ist ziemlich grün geworden.

Die FDP als einzige „Anti-Windkraft-Partei“?

Ich hoffe, dass wir als die Partei gesehen werden, die für eine rationale Energiepolitik steht.

Die Fragen stellte Ralf Euler.